

Kreismitgliederversammlung GRÜNE Eimsbüttel
Mittwoch, 28. September 2016, 20 Uhr
Kreisgeschäftsstelle, Methfesselstraße 38



Protokoll:

TAGESORDNUNG

1. Formalia, Wahl des Präsidiums und Feststellung der Tagesordnung

Dominik begrüßt die Anwesenden und schlägt Lisa Kern und Sven Gödde als Präsidium vor.

Die Wahl erfolgt einstimmig per Handzeichen.

Lisa stellt fest, dass die KMV fristgerecht eingeladen wurde, dagegen regt sich kein Widerstand.

Als Zählkommission werden Hendric Gunnawan und Dr. Till Steffen benannt.

2. Bericht des Kreisvorstandes

Dominik berichtet von den Verhandlungen zur Bezirksamtsleiterwahl.

4 Kandidatinnen werden eingeladen

Lisa erklärt das weitere Verfahren.

3. Bestätigung der vom Kreisverband mit der Geschäftsführung beauftragten angestellten Personen

Sven erklärt das Verfahren.

Falk stellt sich kurz vor,

die Wahl erfolgt einstimmig per Handzeichen.

4. Wahl der Delegierten für den Landesausschuss, Amtszeit 2017/18

Lisa erklärt die Funktion des Landesausschusses (LA).

Die LMV (Landesmitgliederversammlung) als höchstes beschlussfassendes Organ, der LA als Vertretung und Entscheidungsorgan zwischen den Landesmitgliederversammlungen.

Eimsbüttel darf 4 Vollmitglieder und 4 Ersatzdelegierte delegieren, das Frauenstatut findet Anwendung.

Kandidaturen:

Frauenplätze: Heike Opitz, Sabine Reyrosch-Pietsch

Offen: Aksel Wundrach, Gorden Isler

Auf eine Vorstellung der Kandidat*innen wird verzichtet.

Geschlossene Wahl der Hauptdelegierten, 21 ausgegebene Stimmkarten, Stimmzettel 11.

Abgegebene Stimmen 21, gültig 21, Quorum 11

Ja-Stimmen entfallen auf:

- Heike Opitz: 21
- Sabine Reyrosch-Pietsch: 21
- Aksel Wundrach: 21
- Gorden Isler: 20

Ersatzdelegierte:

Frauenplätze: Katharina Hinte (stellt sich kurz vor), **Bettina von Bülow** (telefonisch mit Falk verbunden, er stellt sie kurz vor)

Offen: Ali Mir Agha, Klaus Hofman (beide stellen sich kurz vor)

Geschlossene Wahl der Ersatzdelegierten, 22 ausgegebene Stimmkarten, Stimmzettel 12

22 abgegebene Stimmen, 22 gültige Stimmen, Quorum 12,

Ja-Stimmen entfallen auf:

- Bettina von Bülow: 19,
- Katharina Hinte: 22
- Ali Mir Agha: 22
- Klaus Hofman: 21.

Alle Kandidat*innen nehmen die Wahl an.

5. Nachwahl einer Schatzmeisterin/ eines Schatzmeisters für den Kreisvorstand

Sven erklärt kurz die Grundaufgaben eines Schatzmeisters/ einer Schatzmeisterin.

Ali Mir Agha kandidiert und stellt sich vor:

Mitglied seit Jugend, durch Lehrer Edler

Während des Kosovo-Konflikts Austritt, zurückgekommen etwa 2012, große Unterstützung durch Volker Bulla, mit ihm zusammen Wahlkreis Schnelsen, jetzt in BV, Sprecher im Sozialausschuss, ist der Überzeugung wir sind zu wenige, Verantwortung liegt auf zu wenigen Schultern, durch Rücktritts Falks jetzt Posten vakant, er ist bereit Verantwortung zu tragen.

Beruflich für seinen Arbeitgeber auch mit Haushaltsangelegenheiten befasst, studierter Jurist; sozialer Bereich, trägt Verantwortung für Altona, Region Nord, Wandsbek,

Frage eines Mitglieds: Was hat dich 2012 dazu gebracht wieder einzutreten?

Ali stellte sich die Frage ob man nur klagen sollte oder es nicht besser ist selbst Verantwortung zu übernehmen.

Ali sieht seine Stärke in der Motivation von Mitgliedern. Fordert Mitglieder zum Streit und zur gemeinsamen Debatte auf.

Stimmberechtigte: 23, Stimmzettel 13

23 abgegeben, 22 gültig, Quorum 12.

21 ja, 1 Enthaltung.

Ali nimmt die Wahl an

6. Kommissionsbericht Religion und Weltanschauung

Dominik führt in den Leitantrag Weltanschauung, Religion und Staat des Bundesverbands ein.

Dominik möchte in den Hintergrund des Antrags einführen, schlägt vor, dass Steffi von Berg danach ihre Eindrücke und den Änderungsantrag des LaVo schildert.

Die Kommission hat 3 Jahre hochkarätig besetzt, u.A. mit Sabine Jarrasch, Simone Peters, Katrin Göring Eckardt gearbeitet.

Dominik lobt, das Grüne das Thema aufs politische Plateau gebracht haben.

Inhaltlich gebe es leider recht viel „weiter so“ im Sinne eines kooperativen Miteinanders von Kirche und Staat. Der Bericht sieht Kritikpunkte bei Kirchenfinanzen, Kirche und Arbeitsrecht. Leider werde der Religionsunterricht ausgespart.

Dominik hätte sich mehr kritische Betrachtung der Verflechtung von Kirche und Staat gewünscht.

Steffi ergänzt ihre Perspektive auch aus Unterhaltungen mit M. Gwodsz.

Der Bericht befasse sich sehr offen mit allen Religionen und Weltanschauungen. Er stelle auch grundsätzliche Dinge wie Kirchensteuer in Frage, aber ohne Ergebnis. Oft lassen sich Kompromisse und unterschiedliche Richtungen innerhalb der Kommissionsmitglieder erkennen. Bei ethischen Grundsatzfragen gebe es keine grundsätzliche Positionierung, z.B. Sterbehilfe, Präimplantationsdiagnostik etc.

Steffi lobt den Bericht ausdrücklich als gutes Fundament für die BDK.

HH reicht eigenen Antrag auf der BDK zum Religionsunterricht ein. Religionsunterricht ist bundesweit unterschiedlich geregelt, eigentlich konfessionsgebunden, in Hamburg aber dialogischer Unterricht für Alle, bekenntnisgebundene Lehrer (evangelisch), der Unterricht bildet aber alle Religionen und Weltanschauungen ab. Dies ist einzigartig in Deutschland.

In Hamburg gibt es 104 Religionen, daher wurde diese Unterrichtsform vor 20 Jahren entwickelt und ist sehr erfolgreich. Derzeit wird entwickelt, dass alle Religionen, die Staatsverträge unterzeichnet haben, den Unterricht gemeinsam verantworten, nicht nur evangelisch wie jetzt.

Der Antrag heißt: Religionsunterricht für alle, der Grüne Weg.

Im Folgenden findet eine rege Diskussion statt. Besonders wird von mehreren Mitgliedern die Frage aufgeworfen, warum der Staat für Religionsunterricht verantwortlich ist. Der Wunsch nach Unterrichtsformaten wie Religionskundeunterricht wird deutlich.

Steffi erklärt, dass der Grüne Antrag auch mit dem AK Säkulare diskutiert wurde, er sei bei bestehender Gesetzeslage ein guter Kompromiss.

Till Steffen wirft die Frage auf, welches politische Signal von der BDK ausgeht? Wenn man die Botschaft sehr stark in Richtung Konfrontationskurs zu christlichen Kirchen bringe, sei dies eine Sackgasse. Die Gesellschaft drifte auseinander, moralische Instanzen seien wieder verstärkt gefragt, Instanzen wie Kirchengemeinden werden gesucht. Till äußert Sorgen um die Berichterstattung von der BDK, Interesse der Grünen an Organisationen/ Bündnispartnern wie Kirchen sei groß.

Es wird geäußert, dass die Grünen progressiv mit dem Thema Säkularität umgehen, sie möchten die Zustände ändern, SPD bediene sich des Themas nicht mehr, Grüne seien die letzte Partei die politische Verhältnisse in Frage stellt. Immer mehr Menschen seien konfessionslos, Kirche aber politisch hoch einflussreich.

Steffi von Berg betont die Rolle der Kirchen in Deutschland, ohne Kirche und Kirchensteuer würde extrem viel Arbeit wegfallen.

Heike Opitz betont die Bedeutung der Frage der Sinnstiftung. Der Bericht beschäftige sich nur mit Institutionellem.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird erneut auf die Bedeutung eines konfessionslosen Unterrichts hingewiesen, in Anlehnung an politisch unabhängigen Politikunterricht.

7. Wahl der Eimsbütteler Delegierten für die Bundesdelegiertenkonferenz

(11-13.11.2016, Münster/ Westfalen)

Lisa erklärt: Die Wahl ist für eine BDK, 4 Delegierte, 2 Frauen, 2 offen, 4 Ersatzdelegierte analog zu den Hauptdelegierten.

Till berichtet über die Tagesordnung der BDK. Die Tagesordnung wird an das Plenum verteilt.

Schwerpunkte: Sozialer Zusammenhalt, Religion.

Ali erklärt: Delegierte müssen sich gut vorbereiten, sehr viele Änderungsanträge werden zusammengefasst, man müsse sich gut einlesen. Eine BDK sei sehr anstrengend.

Bewerberinnen:

Steffi, Katharina Beck (vorgestellt von Dominik)

Dominik, Gorden

Die Kandidat*innen stellen sich kurz vor:

Steffi: Stellt sich vor, wird Antrag aus HH einbringen, Interesse an Gerechtigkeit, politisch dafür engagiert, möchte gerne zum Thema Basis Änderungsantrag des LaVos einbringen (zukünftig 30 Unterstützer*innen statt 60, wie vom Bundesverband vorgeschlagen). Fiskalpolitisch spricht sie sich dafür aus mehr Steuermehreinnahmen in Infrastruktur zu investieren. Außerdem spricht sie sich für eine Vermögenssteuer aus.

Dominik: Besonderes Interesse am Säkularen, war Sprecher LAG Wirtschaft, diese BDK behandle genau seine Themenschwerpunkte.

Finanzen: Vermögenssteuer kritisch, Erbschaftssteuer ja. Evtl. geringe Vermögenssteuer auf sehr hohe Einkommen.

Dominik für **Katharina:** War BAG Sprecherin WiFi, Interesse an sozialer Gerechtigkeit, beruflich im Bereich Nachhaltigkeit, tendiert vermutlich in Richtung einer Vermögenssteuer.

Gorden: Aktiv seit einem Jahr, Sprecher der LAG WiFi und MigFlu, bei beiden in BAG, selbstständiger Kaufman in der Versicherungswirtschaft.

Er berichtet über seinen Verein aus der Flüchtlingshilfe und seine Vernetzung mit der äthiopisch-eriträischen Gemeinde.

Gorden ist auch in dem AK-Säkulare, findet den Kommissionsbericht den kleinsten gemeinsamen Nenner und den Bundesvorstands-Antrag progressiver.

Er spricht sich gegen Vermögenssteuer aus, für höhere progressive Einkommenssteuer. Er ist für eine Grundeigentumssteuer, da die Divergenz zwischen Arm und Reich zu groß sei.

Im Plenum entsteht eine Diskussion Vermögenssteuer versus Erbschaftssteuer.

Stimmberechtigt: 23, Zettel 14, Quorum 12.

Steffi: 20 ja

Katharina: 18 ja

Dominik: 23 ja

Gorden: 21 ja

Ersatzdelegierte:

Anna Gallina (vorgestellt durch Sven); **Lisa** (u.a. Gespräche für Strukturkommission auf der BDK)

Ali (verweist auf vorhin), **Sven** (seit 2002 bei den Grünen, Fraktionsgeschäftsführer und Referent für Anna Gallina. Arbeit für bundesweiten studentischen Dachverband)

22 Stimmberechtigte, Zettel 15

gemeinsame Abstimmung.

21 abgegeben, 21 gültig, Quorum 11, ALLE 21 ja.

8. Information und Diskussion über die geplante Route der U-Bahn Linie 5

Till Steffen berichtet über den Stand der Planungen.

Zwischen den Kreisverbänden gebe es unterschiedliche Betroffenheiten, daher müsse sich jeder KV zum Thema eine Meinung bilden, ein Mitgliederabend sei ein sinnvolles Format.

Die Grünen forderten in der Vergangenheit die Stadtbahn als weiteren Schienenträger für Stadtteile außerhalb des Bahnnetzes, um Busse zu entlasten. Diese Idee konnte sich nicht durchsetzen, daher gab es Verabredungen für eine weitere U-Bahn.

Die Buslinien 5 und 6 sollen durch U5 ersetzt werden.

Die Frage sei nun, wie zusätzlich Lurup und Steilshoop angebunden werden können.

In der Planung für den Westteil der Strecke gibt es eine Süd- und eine Nordvariante

Nord: Bis Siemersplatz, dann Richtung Arenen.

Alternative: Ausfädelung mit Bahn über Eimsbüttel, Diebsteich, dann Lurup-Osdorfer Born.

Derzeit werde ein neues Modell diskutiert: Verzicht auf Querverbindung, Bahn bis Siemersplatz.

Lurup, Osdorf über S-Bahn Ausfädelung in Diebsteich.

Als Argument werde angeführt, dass der Bau der Querverbindungs-U-bahn, besonders Süd mit Ausfädelung Hoheluftbrücke, sehr teuer sei.

Eventuell sei trotzdem der Bau der U-Bahn bis S-Stellingen möglich.

Till erklärt, dass die S-Bahn die Verkehrsnachfrage jetzt abbilde, bei steigender Nachfrage durch Veränderung der Verkehrsmittelwahl reiche die S-Bahn nicht.

Karl Heinrich wirft die Frage auf, welche Variante nachhaltiger sein könnte und in Zukunft wichtiger sein? Was sei für die Stadtgesellschaft besser?

Dominik erklärt, es deute sich an, dass die SPD sich für die Nordvariante ausspreche, die Grünen seien bisher unentschieden.

Steffi sagt, dass es für die Entscheidung mehr Informationen über Kosten, Routenverlauf, Bauzeit etc. brauche.

In der folgenden Diskussion werden Argumente für beide Varianten angeführt.

Am 06.12. gibt es in der Landesgeschäftsstelle einen Mitgliederabend zum Thema, vorher keine Positionsfindung.

9. Bericht aus der Bezirksfraktion

Philip spricht folgende Themen an:

- Neuer Geschäftsführer Thomas
- Fravo- Wechsel: Er mit Lisa Doppelspitze, mit Dietmar + Gabi Fravo
- erinnert an den Verlust Volker Bullas in der BV
- Bezirksamtsleiterwahl: Drückt Entsetzen über den Abendblattartikel aus
- Versuch eines Bürgerbegehrens in Lokstedt, alle Fraktionen sahen das Bauvorhaben positiv, Senat hat durch Anweisung den Bau durchzuführen das Bürgerbegehren ausgehebelt. Fraktion Grüne begrüßt die Anweisung, bedauert aber die Verhinderung eines Bürgerbegehrens.
- Bebauung: Vertrag für Hamburg: 10.000 Wohnungen pro Jahr, 1050 Wohnungen für Eimsbüttel. Eine Diskussion über mögliche Flächen muss beginnen, wo wird entsiegelt wenn versieget wird, etc.
- Bündnis für Radverkehr
- Geflüchtete: Unmut über Pläne, z.B. Hörgensweg, Unmut der Grünen über gesenkte Kapazitäten. Bürgerbegehren setzten sich nicht für Integration, nur für Verhinderung ein.
- Ermunterung sich als zugewählte*r Bürger*in zu melden oder zu informieren.

10. Verschiedenes

Dominik präsentiert die Veranstaltung „Der Norden CO2 frei“.

Er bitte um Hilfe bei Ständen.

Falk bittet um schriftliche Zustimmung zur ausschließlichen Verschickung der Einladungen zu KMV's per Mail.

Für die Richtigkeit:

Datum / Unterschrift:

Lisa Kern (Präsidium)

Sven Gödde (Präsidium)

Falk Schmidt-Tobler (Protokoll)